



Petra Merkel, MdB

Newsletter *** Newsletter *** Newsletter

— Ausgabe: 10/2006

Aus dem Bundestag

— Diesen Donnerstag, hat das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe Berlins Klage auf Anerkennung einer extremen Haushaltsnotlage abgewiesen. Das mit mehr als 60 Milliarden Euro verschuldete Land hatte Sanierungshilfen aus dem Bundesetat gefordert. Der Zweite Senat fällt seine Entscheidung einstimmig (Aktenzeichen: 2 BvF 3/03 vom 19. Oktober 2006). Nach den Worten des Gerichts-Vizepräsidenten Winfried Hassemer befindet sich Berlin zwar in einer angespannten Haushaltslage, die es aber "mit großer Wahrscheinlichkeit" aus eigener Kraft überwinden könne. Bundesstaatliche Hilfen zur Sanierung eines Landes seien nur in seltenen Ausnahmefällen möglich, wenn eine Existenzbedrohung des Landes nicht mit anderen Mitteln abzuwehren sei. (Quelle dpa)

Berlin wird sich nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, die Klage des Landes Berlin auf Anerkennung einer extremen Haushaltsnotlage abzulehnen weiterhin auf die eigene Kraft besinnen müssen.

Allerdings wird die Hauptstadt nun in größerem Maße auf die Unterstützung der Bundesregierung angewiesen sein. Eine mittelfristige Planung für den endgültigen Umzug aller Bundesministerien an den Regierungssitz Berlin wäre jetzt eine notwendige Perspektive für die Hauptstadt. Deshalb war auch der Spatenstich am Donnerstag, den 19. Oktober 2006, für den Neubau des Bundesnachrichtendienstes an der Chausseestraße in Mitte ein gutes Signal für die Hauptstadt. Ein Standort mit 4000 BND-Mitarbeiterinnen und –Mitarbeiter und eine Investition in Höhe von 720 Millionen Euro sind gut für die Bundesrepublik, für den BND und für Berlin". Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Klaus Wowereit, wird mit dem Berliner Senat weiterhin seinen verlässlichen Konsolidierungskurs für das Land Berlin fortsetzen. Dabei halte ich die Hinweise des Bundesverfassungsgerichts nicht für wegweisend. Die von Klaus Wowereit zugesagten kostenfreien Kitapläte sind eine politische Notwendigkeit für den Ballungsraum Berlin und



Petra Merkel (SPD)
Mitglied des Deutschen Bundestages

für unsere Gesellschaft. Kostenfreie Kitaplätze müssen nicht nur in Berlin, sondern in allen Bundesländern mit Priorität umgesetzt werden.

Allerdings halte ich auch eine neue Finanzordnung in unserem föderalen Staat für unumgänglich. Es muss eine Regelung geben, wie eine Überschuldung von Ländern und Gemeinden beizeiten gestoppt werden kann und wie ein Schuldenabbau erfolgen muss.

Für alle Bundesländer werde auf Dauer gelten, dass es Strukturveränderungen geben muss. Dass dem Nachbar-Ministerpräsidenten Matthias Platzeck nach der Verkündung des Urteils nichts weiter einfällt, als die geplante Fusion der Länder Berlin und Brandenburg abzusagen, zeige deutlich die Halbherzigkeit der bisherigen Bemühungen. Berlin hat trotz der Haushaltsschwierigkeiten eine enorme Anziehungskraft. Nicht zuletzt die Fußball-Weltmeisterschaft hat das bewiesen!

DAS ELTERNGELD KOMMT - Familienpolitik der SPD

Der Bundestag stimmte am 29. September 2006 für den Gesetzentwurf zur Einführung des Elterngeldes in veränderter Fassung. Jetzt muss noch der Bundesrat dem Gesetzentwurf zustimmen. Dann steht der Einführung des Elterngelds zum 1. Januar 2007 nichts mehr im Weg. Das Elterngeld ersetzt dann das bisherige Erziehungsgeld und soll die finanziellen Einbußen von Eltern im ersten Jahr nach der Geburt gegenüber Kinderlosen ausgleichen. Kern des Elterngelds ist die Einkommensersatzleistung in Höhe von 67 Prozent des Nettoeinkommens des Betreuenden (höchstens 1.800,-- Euro), mindestens jedoch 300 Euro. Den Mindestbetrag erhalten auch Eltern, die vorher nicht erwerbstätig waren. Bis zu 14 Monate sollen Mütter oder Väter das Elterngeld erhalten. Kümmert sich nur ein Elternteil um das Kind, ist das Elterngeld auf zwölf Monate beschränkt.

Mit der Einführung des Elterngeldes wird ein zentrales Versprechen sozialdemokratischer Familienpolitik erfüllt.

Durch das Elterngeld haben wir die Voraussetzungen geschaffen, dass Eltern die Betreuung des Kindes im ersten Lebensjahr ohne gravierende Einkommenseinbuße (ähnlich wie beim Krankengeld) möglich ist. Das bietet auch für Väter eine bessere Chance, Elternzeit zu nehmen. Das Elterngeld gilt auch für Paare, die in eingetragener Partnerschaft leben. Es wird, wie schon das bisherige Erziehungsgeld, auf ALGII nicht angerechnet – dies konnte die SPD-Fraktion durchsetzen. Wichtig bleibt aber in vielen Bundesländern, dass dringend Krippen- und Kindergartenplätze eingerichtet werden müssen. Als Berliner bin ich stolz, dass unsere Ausstattung bei den Kitas vorbildlich ist!

Das Elterngeld

Mit dem Elterngeld, das zum 1.1.2007 das bisherige Erziehungsgeld ablöst, fördern wir Familien in den ersten 12 bzw. 14 Monaten nach der Geburt. Gerade während ihrer ersten Lebensmonate benötigen Kinder besonders intensive Betreuung. Wir möchten ermöglichen, dass Eltern sich diese Zeit ohne finanzielle Sorgen nehmen und danach wieder in ihren Beruf zurückkehren können.



Petra Merkel (SPD)
Mitglied des Deutschen Bundestages

Es hat sich gezeigt, dass finanzielle Einbußen durch den beruflichen Ausstieg bzw. die Reduzierung auf Teilzeittätigkeit eines Partners oder durch den Wegfall des Einkommens bei Alleinerziehenden während der ersten Monate nach der Geburt die Entscheidung für ein Kind erschweren.

Ein monatlicher Sockelbetrag von 300 Euro wird sowohl Alleinverdienerelternpaaren als auch ALG-II-Bezieherinnen/Beziehern 12 Monate lang gewährt. Dieser Sockelbetrag wird nicht auf ALG II angerechnet. Auch Studierende ohne eigenes oder mit geringem Einkommen können diesen Sockelbetrag beziehen. Für Spitzenverdiener ist die Lohnersatzleistung auf maximal 1.800 Euro monatlich begrenzt. Für Geringverdiener/innen mit einem Einkommen unterhalb von 1.000 Euro erhöht sich der Prozentsatz des Einkommensersatzes schrittweise von 67 auf bis zu 100 Prozent. Für je 20 Euro, die das Einkommen unter 1.000 Euro liegt, steigt die Ersatzrate um einen Prozentpunkt. Das heißt, bei einem Einkommen von 800 Euro würden 77 Prozent ersetzt werden, also 616 Euro. Das ist sozial gerecht und ausgewogen.

Die Gestaltung des Geschwisterbonus ist mit der Union nun auch endgültig geklärt. Die Forderung des Bundesrates und der CDU/CSU-Fraktion, die bisherige Regelung des Geschwisterbonus auf 36 Monate auszudehnen, ist abgewendet worden. Stattdessen gilt nun ein sehr flexibles und aus unserer Sicht besseres Modell:

Es ist vorgesehen, dass für das zweite und weitere Kind der Leistungssatz von 67 Prozent erhöht wird, gekoppelt an eine Mindesterhöhung um einen Festbetrag. Konkreter: Leben in einem Haushalt zwei Kinder unter drei Jahren oder drei und mehr unter sechs Jahren, soll das errechnete Elterngeld für das jüngste Kind um 10 Prozent, mindestens jedoch um 75 Euro erhöht werden. Durch die 10-prozentige Erhöhung wird der Leistungssatz auf 73,7 Prozent für den Regelfall erhöht.

Damit wird das Lohnersatzprinzip gestärkt und der frauenpolitische Ansatz gefördert, dass es auch finanziell attraktiv ist, wenn der in der Regel besser verdienende Vater seine Erwerbstätigkeit zu Gunsten der Kinderbetreuung aufgibt oder einschränkt.

Der Festbetrag von 75 Euro sichert, dass in jedem Fall die Mehrkindfamilie bei der Elterngeldberechnung besser gestellt und das Mindestelterngeld auf 375 Euro erhöht wird. Auch bei niedrigerem Nettoeinkommen bis 1.170 Euro monatlich bewirkt der feste Aufstockungsbetrag von 75 Euro, dass das Elterngeld überproportional erhöht wird. Damit wird dem Anliegen Rechnung getragen, ein niedriges Teilzeiteinkommen, das häufig durch die Betreuung der älteren Kinder bedingt ist, deutlich aufzustocken.

GESUNDHEITSREFORM

Eckpunkte der Gesundheitsreform beschlossen



Petra Merkel (SPD)
Mitglied des Deutschen Bundestages

Die Große Koalition hat in der Nacht vom 4. auf den 5. Oktober 2006 die letzten strittigen Fragen zur Gesundheitsreform aus dem Weg räumen können. Der nun gefundene Kompromiss präzisiert die im Juli vereinbarten Eckpunkte und bildet die Grundlage für den Gesetzesentwurf des Bundesministeriums für Gesundheit. Am 25. Oktober 2006 wird die Bundesregierung den Gesetzentwurf voraussichtlich im Kabinett beschließen. Daran wird sich die Beratung im Bundestag anschließen. Die Reform soll zum 1. April 2007 in Kraft treten.

Es bleibt dabei: Mit der Umsetzung der Eckpunkte vom Juli 2006 zu einer Gesundheitsreform sollen durch umfassende Veränderungen auf der Einnahmen- wie der Ausgabenseite

- die **Qualität** der Versorgung verbessert,
- die **Wirtschaftlichkeit** durch die Erhöhung der **Transparenz** und den Ausbau des **Wettbewerbs** verbessert,
- die **Wahl- und Entscheidungsmöglichkeiten** der Versicherten erweitert,
- der **bürokratische Aufwand** bei allen Beteiligten vermindert und
- in Zukunft die Gesundheitsausgaben der Krankenversicherung für gesamtgesellschaftliche Aufgaben (beitragsfreie Mitversicherung von Kindern) zunehmend aus Steuermitteln finanziert werden.

Für die SPD-Bundestagsfraktion ist bei der Gesundheitsreform 2006 von zentraler Bedeutung, dass

Alle Bürgerinnen und Bürger künftig die Möglichkeit haben sollen, sich für den Krankheitsfall abzusichern. Bislang Nichtversicherte müssen von ihrer früheren Krankenkasse wieder aufgenommen werden - egal ob gesetzlich oder privat. Dazu sollen die Privaten Krankenversicherungen einen Basistarif anbieten, der den Höchstbeitrag der Gesetzlichen Krankenkasse (GKV) nicht übersteigen darf. Würde durch die Bezahlung einer solchen Prämie Hilfebedürftigkeit ausgelöst, reduziert sich der Tarif auf die Hälfte. Bleibt auch danach die Hilfebedürftigkeit bestehen, muss sich der zuständige Träger nach SGB XII (Sozialamt) oder nach SGB II (Agentur für Arbeit) im notwendigen Umfang, maximal aber mit dem heute an GKV-Versicherte bezahlten Satz von 125 Euro, an den Kosten beteiligen.

Es soll keine Leistungskürzungen in der Gesetzlichen Krankenkasse geben. Jede/r Versicherte wird die Versorgung erhalten, die er/sie braucht. Darüber hinaus soll die Gesetzliche Krankenkasse künftig mehr Wahlmöglichkeiten bieten. Versicherte können dann zwischen verschiedenen Behandlungsmodellen (integrierte Versorgung, Hausarztmodell) und Tarifen der Krankenkassen (Selbstbehalte, Kostenerstattung) wählen. Die Solidarität wird dabei nicht in Frage gestellt. Dort, wo es notwendig ist, werden Leistungen ausgebaut wie z. B. für eine bessere Gesundheitsvorsorge durch Impfungen, Mutter-Vater-Kind-Kuren, die Leistungen für Schwerkranke in der Palliativmedizin, die Öffnung von Krankenhäusern für ambulante Behandlungen sowie den Anspruch von älteren und pflegebedürftigen Menschen auf Rehabilitationsmaßnahmen.



Petra Merkel (SPD)
Mitglied des Deutschen Bundestages

Das Solidarsystem durch die Einführung des Gesundheitsfonds und eines modernisierten, gerechteren Risikostrukturausgleichs (RSA) erhalten bleiben soll. Der Gesundheitsfonds sorgt für mehr Transparenz und Wettbewerb im Gesundheitssystem. Außerdem ist durch die künftig stärkere Steuerfinanzierung eine gerechtere Finanzierung unseres Gesundheitssystems gewährleistet. Der Beitragssatz wird künftig bundeseinheitlich geregelt. Ohne bürokratischen Aufwand wird ein Fonds gebildet, der künftig alle Beiträge der Arbeitgeber, der anderen Sozialversicherungsträger und der Versicherten der Krankenkassen bündelt. Zusätzlich fließen die Steuermittel in den Fonds. Daraus erhalten die Kassen Zuweisungen zur Deckung ihrer Ausgaben und zwar eine Grundpauschale pro Versicherten sowie alters- und risikobezogene Zuschläge. Dieser neue RSA soll neben Alter und Geschlecht unterschiedliche Krankheitsrisiken in der jeweiligen Versichertenstruktur berücksichtigen und einen Ausgleich zwischen den Kassen schaffen. Dabei wird sich der RSA an 50 bis 80 Krankheiten orientieren, deren durchschnittliche Leistungsausgaben pro Versicherten die GKV-weiten Durchschnittsausgaben pro Versicherten um mindestens 50 Prozent übersteigen.

Der Zusatzbeitrag bei 1 Prozent des Bruttoeinkommens begrenzt werden soll. Wenn eine Kasse mit den ihr aus dem Gesundheitsfonds zugewiesenen Mitteln nicht auskommt, soll sie zunächst alle Möglichkeiten ausnutzen, um Kosten zu senken, z. B. durch den günstigeren Einkauf bei Leistungserbringern. Reicht auch dies nicht aus, kann die Kasse Zusatzbeiträge von den Versicherten erheben, diese dürfen 1 Prozent des Bruttoeinkommens jedoch nicht übersteigen. Durch diese Begrenzung wird eine finanzielle Überforderung der Versicherten ausgeschlossen. Feste oder prozentuale Zusatzbeiträge in der Höhe von einem bis zu maximal acht Euro können ohne Einkommensprüfung erhoben werden. Im Rahmen der Erhebung von Zusatzbeiträgen müssen die Kassen ihre Versicherten auf die Möglichkeit eines Kassenwechsels hinweisen. Kassen, die gut wirtschaften, zahlen überschüssige Mittel an ihre Versicherten aus.

Der **Gesundheitsfonds soll zum 1. Januar 2009 zusammen mit dem modernisierten RSA und der neuen Gebührenordnung für Ärzte eingeführt.** Somit können die drei Systemneuerungen gleichzeitig umgesetzt werden und es bleibt ausreichend Zeit für deren Vorbereitung.

Wünschenswert wäre es aus unserer Sicht gewesen, mutigere Schritte zu gehen. Dazu gehört die Einbindung der Privaten Krankenversicherung in das solidarische Gesundheitssystem genauso wie eine stärkere Finanzierung aus Steuermitteln. Dies war mit unserem Koalitionspartner jedoch nicht möglich. Aber die SPD hat sich in zentralen Punkten durchgesetzt und wird sich für eine zügige und verlässliche Umsetzung der Reform einsetzen. Den Weg zu mehr Solidarität im Gesundheitswesen wollen wir konsequent weitergehen.



Petra Merkel (SPD)
Mitglied des Deutschen Bundestages

Aus dem Wahlkreis

Kostas Papanastasiou feiert 50 Jahr Berliner Stadtzugehörigkeit

Dazu gratuliere ich uns alle! Denn Kostas ist nicht nur der Wirt in der „Lindenstraße“ – die Serie, die ja lange Zeit zum „guten Ton“ vieler Sozialdemokrat/inn/en gehörte. Kostas ist Wirt des „Terzo Mondo“, einer Szene-Kneipe, die mitten in unserem Bezirk liegt und zu Berlin gehört – mit griechischer Küche! Kostas habe ich vor langen Jahren kennen gelernt als engagierten Künstler, der sein Herz auf dem linken Fleck trägt, die Gitarre schlägt und politische Lieder engagiert und mitreißend vorträgt. Unvergesslich für einige von uns ist eine Veranstaltung mit dem Titel „Familie Beimer trifft Familie Momper...“, die 1988 im damals noch stillgelegten West-Berliner S-Bahnhof Westend mit über 15 Künstlerinnen und Künstlern der „Lindenstraße“ stattfand. Eine ungewöhnliche, spannende, politische Rund-Um-Diskussion mit sehr unterschiedlichen Gästen und einem gemischten Publikum, die so mit Politik in Berührung kamen. Und Kostas griff zum Schluss in die Saiten und sang Arbeiterlieder!

Kostas und sein Team freuen sich über Gäste im Terzo Mondo, die Taverne mit Galerie und Kleinkunst in der Grolmannstr. 28 am Savignyplatz.

Dies und das

START DES POLITIKSCHECKS 2006

Auftakt mit am Montag, den 16. Oktober 2006 um 15.15 Uhr vor der Humboldt-Universität.

Nach dem erfolgreichen Verlauf des Politikcheck 2003 bieten die Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten Berliner Studierenden mit dem „Politikcheck 2006“ wieder ein umfangreiches Informations- und Servicepaket an.

Diesen Montag, am 16. Oktober 2006, fand der Auftakt vor der Humboldt-Universität statt. Gemeinsam mit meine Kollegen, Wolfgang Thierse, Klaus Uwe Benneter, Jörg-Otto Spiller und Swen Schulz verteilte ich die ersten Exemplare des Politikchecks 2006 an Berliner Studierende. Neben einem Start-up-Paket der SPD-Bundestagsfraktion mit Informationen fürs Studium finden die Studierenden auf dem Politikcheck ein interessantes Angebot: vom Besuch beim Bundestagsvizepräsidenten, einer Führung durchs Kanzleramt, Besichtigung der Deutschen Welle bis zur Teilnahme an einer Bundespressekonferenz oder Brunchen mit uns Berliner SPD-Politikern.



Petra Merkel (SPD)
Mitglied des Deutschen Bundestages

Die Schecks werden zum Start des Wintersemesters an den drei Hochschulen, FU, TU und HU vom 16.10.2006 bis 15.11.2006 verteilt und ausgelegt. Der Politikcheck ermöglicht einen Blick hinter die Kulissen von Politik und Presse und stellt auf unkonventionellem Weg den Kontakt zwischen Studierenden und den Bundestagsabgeordneten her: Politik ohne Aktenstudium oder umständliche Debatten, sondern einfach von Mensch zu Mensch.

Weitere Informationen zum Politikcheck finden Sie hier:

<http://www.politikcheck2006.de/>

FES Studie

In den letzten Tagen geisterte eine Diskussion über soziale Schichten durch die Medien. Grund dafür war eine Studie „Gesellschaft im Reformprozess“, in der die Friedrich-Ebert-Stiftung die Reformbereitschaft der Deutschen untersuchte.

Die Studie finden Sie hier:

http://www.fes.de/inhalt/Dokumente/061017_Gesellschaft_im_Reformprozess_komplett.pdf

PRIVATISIERUNG DER BAHN

Heftig diskutiert wird auch der Börsengang der Bahn, für und wider, verschiedene Modelle etc.

Hier finden Sie einen Artikel von mir, der in der aktuellen Ausgabe von spw erschienen ist:

BAHNPRIVATISIERUNG KRITISCH PRÜFEN! **Von Petra Merkel (SPD), MdB, Berlin**

Als Mitglied der Parlamentarischen Linke der SPD-Bundestagsfraktion setze ich mich für eine kritische Prüfung der Privatisierungsvarianten ein. Grundsätzlich muss abgewogen werden, welche Risiken sich aus dem Börsengang unter dem Druck von Aktiendividenden oder anderer Formen privaten Kapitaleinsatzes auf Personalentwicklung, Investitions- und Fusionsentscheidungen ergeben. Haushaltspolitischen Risiken des Bundes sind auszuschließen und die Deutsche Bahn AG (DB AG) muss als ein auf staatliche Infrastrukturzuschüsse angewiesenes Unternehmen parlamentarisch kontrollierbar bleiben.

Eine materielle Privatisierung der Eisenbahninfrastruktur, also das Schienennetz, die Bahnen und der Betrieb, scheidet für mich aus. Deshalb können allenfalls die verbleibenden Modelle einer Teilprivatisierung ohne Netz weiter geprüft werden. Selbst eine Teilprivatisierung der Eisenbahninfrastruktur von 49 % ist aus folgenden Gründen nicht sinnvoll:



Petra Merkel (SPD)
Mitglied des Deutschen Bundestages

1. Der von der DB AG geforderte und für einen Börsengang als unverzichtbar erklärte Bundeszuschuss Höhe von 2,5 Mrd. Euro jährlich entzieht dem Bund wichtige haushaltsrechtliche Einfluss- und Steuerungsmöglichkeiten.
2. Die Errichtung und Instandhaltung der Schieneninfrastruktur sowie die Aufrechterhaltung eines adäquaten öffentlichen Verkehrsangebots wird als Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge begriffen und muss durch eine Bereitstellung öffentlicher Mittel weiterhin garantiert werden. Der Personen- und Gütertransport und insbesondere die globale Logistik sind hingegen wirtschaftliche Unternehmungen – keine staatlichen Aufgaben. Der Staat sollte aus prinzipiellen Erwägungen nicht die Risiken eines weltweiten Logistikgeschäfts tragen.
3. Die Höhe der Dividendenausschüttung wird maßgeblich durch die Differenz zwischen durch den Bund verbürgten Finanzierungsbeiträgen für das Bestandsnetz und dem durch ein börsennotiertes Eisenbahninfrastrukturunternehmen betrieblichen Einsparungen bestimmt. Das birgt erhebliche Risiken für den Unterhaltungszustand des Netzes, die Verkehrssicherheit, die Arbeitsplätze und den Wirtschaftsstandort Deutschland.
4. Modelle der Börsenplatzierungen in Großbritannien und Neuseeland führten nach einigen Jahren hoher Dividendenausschüttungen zur Insolvenz und Rücknahme des Schienennetzes durch den Staat. Allein das Risiko einer vergleichbaren Entwicklung kann keine Empfehlung für die Börsenplatzierung sein.
5. Es bestünde für die DB AG ein Anreiz, dort zu investieren, wo auch DB-Unternehmen fahren. Andere Bahnunternehmen und Aufgabenträger wären dem Risiko ausgesetzt, dass hinsichtlich der Qualitäts- und ggf. auch der Sicherheitsstandards nicht mehr objektiv verkehrspolitisch sondern gewinnorientiert entschieden würde.
6. Die Erfahrung des Schweizer Modells einer jeweils dreijährigen Vereinbarung bei strenger Mittelverwendungskontrolle durch den Staat erscheint gemessen an Qualität, Verspätungsquote und Verkehrsmarktanteil dem deutschen Modell überlegen.

Termine

Bürgersprechstunde

Meine nächste Bürgersprechstunde findet statt am Freitag, den **24. November 2006** von 15.00 bis 17.00 Uhr in meinem Wahlkreisbüro in der Goethestraße 80, 10623 Berlin statt. Bitte melden Sie sich telefonisch unter 313 88 82, wenn Sie Interesse an einem Termin haben.



Petra Merkel (SPD)
Mitglied des Deutschen Bundestages

GESPRÄCHSRUNDE ZU LISTROS

SPD-Bundestagsabgeordnete Petra Merkel lädt ein zur Gesprächsrunde „Listros – a dream in a box“

**„Listros – a dream in a box“
am Montag, den 23. Oktober 2006,
von 18.00 bis 20.00 Uhr, bei Listros e.V.,
Kurfürstenstraße 33, (1. OG, li), 10785 Berlin.**

Petra Merkel begrüßt folgende Gäste: **Karin Kortmann**, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), **Dr. Beatrice Rottka-Bensel**, Leiterin der UNICEF Arbeitsgruppe Berlin, **Tilmann Herberg**, Leiter der GTZ-Regionalgruppe „Ostafrika“, **Dawit Shanko**, Listros e.V. Gemeinsam werden in dieser Fachdiskussion die entwicklungspolitischen Aspekte, der Aspekt der Kinderarbeit sowie kritische Anmerkungen zum Listros-Projekt erörtert und diskutiert. Zur Diskussionsrunde werden u. a. Vertreterinnen und Vertreter des Goethe-Instituts Berlin, vom Haus der Kulturen der Welt und der Evangelischen Kirche Deutschlands erwartet.

„Listros“ nennt man in Äthiopien die „Schuhputzer“. Vorwiegend junge Menschen ziehen dort mit einer Schuhbox durch die Straßen, um ihren Lebensunterhalt zu finanzieren. Im Jahr 2001 gründete **Dawit Shanko**, einst selbst Schuhputzer in Äthiopien, den Verein Listros e.V., um arbeitende Kinder und Jugendliche in Äthiopien zu unterstützen. Dabei distanziert sich der Verein aber eindeutig vom Vorwurf der Legitimation und Unterstützung der Kinderarbeit. Vielmehr soll die Arbeit der Listros als Hilfe zur Selbsthilfe verstanden werden. Für das Projekt "Listros - a dream in a box" ließ Dawit Shanko die Schuhputzer ihre Arbeit vor Ort mit einer Kamera dokumentieren. Die entstandenen Fotos zeigte er deutschen Künstlern. Inspiriert davon entstanden so zahlreiche Werke, einige davon sind im Rahmen einer Ausstellungsreihe im Wahlkreisbüro von Petra Merkel in der Goethestraße 80, 10623 Berlin, noch bis zum **27.10.2006** zu sehen.

TERMINHINWEISE

Gesicht zeigen!

Gesicht Zeigen! Aktion weltoffenes Deutschland und die Jusos laden Sie herzlich ein zu einem Film- und Leseabend mit Loretta Walz:

„Und dann kommst du dahin an einem schönen Sommertag“

Die Frauen von Ravensbrück

Film und Buch von Loretta Walz

Überlebende des Frauenkonzentrationslagers Ravensbrück erinnern sich



Petra Merkel (SPD)
Mitglied des Deutschen Bundestages

Über 120.000 Frauen waren in Ravensbrück, dem größten Frauen-KZ der NS-Geschichte, inhaftiert. Die meisten der Überlebenden haben nie davon gesprochen. Wie es war: mitten aus dem Alltag gerissen in die Schreckenswelt eines Konzentrationslagers einzutauchen; gegen Hunger, Tod und Verzweiflung täglich neu ums Überleben zu kämpfen, schließlich mit der Erinnerung an die tiefste Erniedrigung weiter zu leben. 25 Jahre lang hat Loretta Walz Überlebende aus fünfzehn west- und osteuropäischen Ländern in Videointerviews befragt – nach ihrem ganzen Leben, nicht nur den Jahren in Ravensbrück. Ihre bewegenden Erzählungen sind ein einzigartiges Dokument der oral history, das Geschichte vielstimmig lebendig macht.

Die Autorin und Filmemacherin Loretta Walz ist für ihre Arbeit mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet worden, der Film ist Grimme-Preisträger 2006.

Im Anschluss an die Filmvorführung laden wir Sie zu einer Diskussionsrunde mit:

- Loretta Walz
- Sophia Oppermann, Geschäftsführung **Gesicht Zeigen!**
- Simone Burger, stv. Juso-Bundeschvorsitzende

herzlich ein.

Danach wird es bei einem kleinen Umtrunk Gelegenheit zum persönlichen Austausch geben.

Ort: im Willy-Brandt-Haus, Wilhelmstr. 140, 10963 Berlin

Termin: am Samstag, den 11. November 2006, um 19:30 Uhr

Der Eintritt ist frei – wir bitten um eine Spende für **Gesicht Zeigen!**. Der Verein arbeitet seit sechs Jahren gegen Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rassismus und ist dringend auf Unterstützung angewiesen. **Gesicht Zeigen!** finanziert sich fast ausschließlich über Spenden.

ANTWORT (bitte bis zum 01. November 2006) per Fax: 030 – 28044784